

**Inserate**  
werden angenommen  
in Posen bei der **Expedition**  
der **Zeitung**, Wilhelmstr. 17,  
Tel. Ab. Schles., Hoflieferant,  
Dr. Gerber u. Breitestr.-Ede,  
Olo Niekisch, in Firma  
J. Lermann, Wilhelmsplatz 8.

Berantwortliche Redakteure:  
F. Hachfeld für den politischen  
Theil, A. Beer für den übrigen  
redaktionellen Theil, in Posen.

Nr. 83

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal,  
an Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,  
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-  
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für  
ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen  
der Zeitung sowie alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

## Deutscher Reichstag.

34. Sitzung vom 1. Februar, 1 Uhr.  
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Durch ein Schreiben des Vertreters des Reichskanzlers wird der Reichstag erachtet, die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abg. North (nl.) zu ertheilen.

Die Verathung des Antrags Ackermann (kons.), die Konsumvereine, den Hausratshandel u. s. w. betreffend, wird fortgesetzt in Verbindung mit der ersten Verathung der Zentralanträge, betr. Abänderung der Gewerbeordnung, über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und die Abänderung der Konkurrenzordnung.

Abg. Ackermann (kons.): Die Wandlerlager und Wanderauktionen sind nicht als ein Bedürfnis anzuerkennen. Sie machen während des kurzen Aufenthalts an einem Ort den seckhaften Gewerbetreibenden Konkurrenz. Der Käufer ist nicht in der Lage, sich bei schlechten Käufern an den Händler zu halten, weil dieser den Ort inzwischen verlassen haben kann. Deshalb ist eine Beschränkung dieser Wandlerlager geboten. Wenn Sie meinen Vorschlag annehmen, präjudizieren Sie damit nicht Ihrer Stellung zu einer etwaigen Vorlage. Den Hausratshandel völlig zu verbieten, fällt uns nicht ein; denn er ist für ganze Gegendn nothwendig. Dagegen halten wir eine Beschränkung des Hausratshandels für nothwendig. Wir überlassen die Regierung, festzustellen, in welchen Fällen der Absatz bestimmter Waaren zu unterlassen ist und wo ein Bedürfnis für den Hausratshandel vorsteht. Vielleicht lässt sich eine Kontrolle einführen im Betreff der Waaren, welche der Hausrat feilhalten darf. Es fragt sich, ob z. B. die Borrähme von Reparaturen durch den Hausrat zu lässig ist. Die Ausverkäufe haben große Mängel im Gefolge. Der Ausverkauf sogenannter Konkurrenzwaren, welche dann immer von Neuem durch Schleuderartikel vermehrt werden, ist für die soliden Geschäfte etwas ungemein schädlich. Wir müssen zu diesen Ausverkäufen Stellung nehmen.

Abg. Schädler (Btr.): Um die schlechten moralischen Wirkungen des Hausratshandels zu beseitigen, verlangen auch wir eine Beschränkung des Hausratshandels. Nach dem Zugeständnis eines hausratfreudigen Blattes befinden sich unter den Hausrat Leute, welche bis an die Grenze der Ehrlichkeit gehen und vielfach in andern Berufarten gescheitert sind. Für manche Gegendn ist der Hausratshandel nothwendig. Deshalb wollen wir ihn nicht völlig verbieten. Geistige Getränke, Zigarren, Tabak, gebrauchte Kleider, Wäsche, Fußwaren, Schriften mit anstößigem Inhalt müssen vom Hausratshandel ausgeschlossen werden. In Bezug auf die für den Hausratshandel zugelassenen Waaren muß eine schärfere Kontrolle eingeführt werden.

Abg. Dr. Schneider (Nordhausen; dfr.): Die Kommunalbesteuerung der Wandlerlager hat sich in Potsdam als so wirksam erwiesen, daß seitdem die Wandlerlager sehr selten geworden sind. So lange die bestehende Gesetzgebung ausreicht, brauchen weitere Maßnahmen nicht getroffen zu werden.

Die Anträge Ackermann beschäftigen sich in ihrem ersten Theil auch mit den Konsumvereinen. Wenn man diesen die Abgabe von spirituosen Getränken verbieten will, muß das an anderer Stelle geschehen. Es ist Thatsache, daß die sogenannten Schankwirtschaften der Konsumvereine bedeutend besser ausgestattet sind, als andere. Dort finden die Mitglieder zahlreiche Zeitschriften und häufig auch eine Bibliothek. Was der Hausratshandel betrifft, so glaube ich nicht, daß die einzelnen Vorschläge der Herren zur Beseitigung der Mängel im Hausratshandel führen werden. Vielmehr werden gerade die zweifelhaften Elemente im Hausratshandel Nutzen davon haben. Der Hausratshandel gehört ganz ebenso zum Mittelstande, wie das von Ihnen so genannte seckhafte Gewerbe. Wenn Sie den Wirkungskreis des Hausrat feinschränken, dann haben Sie die Verantwortung zu übernehmen, wenn bei diesen Beschränkungen viele Hausrat dem Ruin preisgegeben werden. An die Unzufriedenheit, die dadurch erregt wird, hat Abg. Ackermann wohl nicht gedacht. Die Baarzahlung im Hausratshandel ist ein Moment, das doch beachtet werden muß, sie ist ein wirksames Mittel gegen den Verlust des Aufschwahns seitens der Händler. Mit der Ausschließung der Frauen vom Hausratshandel wird der Erwerb sehr erheblich geschädigt. Wenn bestimmte Waaren vom Hausratshandel ausgeschlossen werden sollen, dann müssen die Gegenstände einzeln aufgeführt werden. Luxusartikel z. B. sollen ausgeschlossen sein. Was für den einen Luxus ist, kann für den andern Bedürfnis sein. Es ist auch nicht deutlich gemacht, was unter „handwerksmäßig“ hergestellter Ware zu verstehen ist. Ebenso ist die Bedürfnisfrage nicht in dem Sinne der Antragsteller zu regeln, denn was in dem einen Bezirk Bedürfnis ist, ist es in dem andern nicht. Auch wird die Oberverwaltungsbürokratie die Bedürfnisfrage nicht entscheiden können, denn die Verhältnisse des Handels sind von Jahr zu Jahr wechselnd. Der § 56 b. soll das Pfaster auf der Wunde bilden, indem derfelbe den Angehörigen derjenigen Gemeinden, deren Bewohner auf den Hausratshandel angewiesen sind, den hergebrachten Gewerbebetrieb in bisherigem Umfang gestattet. Hier bliebt nur die Verlegenheit heraus, daß die Herren die Sache nicht haben gezeigt, sondern formuliert können. Was man selbst nicht machen kann, überläßt man dem Bundesrat. (Sehr richtig! links.) Das ist auch insofern begreiflich, als man dadurch alle Verantwortung von sich auf den Bundesrat ablenkt. Nach alle dem ist der Gesetzesentwurf des Zentrums für alle Beteiligten nicht annehmbar. Auch für die Industrie ist der Antrag bedenklich, weil ganze Industriezweige auf den Betrieb ihrer Erzeugnisse durch den Hausratshandel angewiesen sind. Auch die Dokumente werden nicht bestreitet, weil man ihnen den Bezug der Waaren unter Umständen vertheutet. Es ist eine sehr genaue Erhebung über die wirtschaftliche Bedeutung des Hausratshandels anzubahnen, ehe man überhaupt zu weiteren Beschränkungen des Hausratshandels schreitet. Der Antrag trägt den Stempel, daß er nicht auf derartigen Erhebungen beruht. (Vorfall.)

Abg. v. Strombeck (Ctr.): Es ist unleugbar, daß im Hausratshandels Mängel vorkommen. Wenn aber in einer Petition ganz

# Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Donnerstag, 2. Februar.

**Inserate**  
werden angenommen  
in den Städten der Provinz  
Posen bei unseren  
Agenturen, ferner bei den  
Annonsen-Expeditionen  
Pub. Poole, Hasselstein & Vogler, P. &  
G. J. Daube & Co., Invalidenbad.

Berantwortliche Redakteure:  
F. Hachfeld für den politischen  
Theil, A. Beer für den übrigen  
redaktionellen Theil, in Posen.

1893

**Inserate**, die schadgünstige Beziehungen oder deren Raum  
in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite  
80 Pf., in der Mittagauflage 25 Pf., auf bevorzugter  
Stelle entsprechend höher, werden in der Erstausgabe für die  
Mittagauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die  
Morgenauflage bis 5 Uhr Nachmittags, angenommen.

im Allgemeinen über das Hausratshandels hergehoben wird, so frage ich, wie kommen die Petenten dazu, aus einzelnen Erfahrungen allgemeine Schlüsse zu ziehen? Ich stimme mit meinen politischen Freunden in dieser Beziehung nicht überein und habe deshalb ihren Antrag nicht unterschrieben. Mir ist gesagt worden, im Eichsfeld würden durch Beschränkung des Hausratshandels zweitausend Familien brotlos werden. Die schädlichen Wirkungen des Antrags hat Abg. Schneider ganz zutreffend nachgewiesen.

Abg. Holtmann (nl.): Die fortgeleitete Behandlung dieses Gegenstandes wirkt nach der einen, wie nach der anderen Seite agitatorisch. Die Petitionen um Beschränkung des Hausratshandels gelangen stets zur Zeit eines wirtschaftlichen Nebenganges an uns. Ihr Inhalt ist stets der: Schafft mir einen lästigen Konkurrenten vom Halse: Ich kann mir nicht denken, daß unser Publikum so dummkopf ist, daß es schlechte Waare um theures Geld beim Hausrat kauft, die es beim angesehenen Kaufmann billiger kaufen kann. Nimmt man den Frauen das Recht zum Hausrat, so vernichtet man die Existenz vieler Familien. Bei vielen Artikeln, z. B. Spizen ist die Frau als Verkäuferin gar nicht zu entbehren. Wenn man ferner den Hausratshandel nur für einen bestimmten Bezirk gelten lassen will, so verlangt man damit auch, daß der Händler in den anderen Bezirken die Steuer noch einmal erlegt. Diese Steuer ist sehr hoch. Wenn sie in sechs bis sieben Bezirken erlegt werden soll, dann wird das Wandergewerbe vernichtet. Im sächsischen Erzgebirge ist das Wandergewerbe nothwendig geworden. Die Bemühungen der sächsischen Verwaltung auf Einführung des Hausratshandels in dieser Gegend haben zur Hebung ganzer Industriezweige geführt, z. B. der Blechwaren-, Posamenten-Fabrikation u. s. w. Wer vor dem Hausratshandel geschützt sein will, möge sich selbst schützen. Leben und Lebenlassen ist erster gesetzgeberischer Grundzirk. (Vorfall.)

Abg. Bock (Magdeburg, Soz.): Das Hausratshandels ist zum Theil sehr mühselig. Wer ist dem Handwerk schädlicher, der kleine Hausrat oder die Firma Herzog, Mey und Edlich und andere? In ganzen Gegendn ist der Hausratshandel nothwendig. Durch Annahme des Antrags wird das Hausratshandels vernichtet. Auch unter den Hausratern gibt es länderliche Elemente, aber die Hausrat im Ganzen als Landplage zu bezeichnen, halte ich fast für niederrächtig. Mit solchen Mittelchen wird dem Mittelstand nicht geholfen. Der Bundesrat sieht auch die Unmöglichkeit der Einführung solcher Maßnahmen ein. Die Antragsteller setzen sich mit der Regierung in Widerstreit und liefern uns dadurch den tatsächlichen Beweis, daß es ihnen mit ihren Anträgen nicht Ernst ist. (Vorfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Clemm-Ludwigshafen (nl.): Nach der Kenntnis der Verhältnisse in meinem Wahlkreis kann ich versichern, daß die Konkurrenz, welche die Hausrat im angefessenen Gewerbe machen, seit der Einführung der Sonntagsruhe zugemessen hat. Es wäre daher erwünscht, wenn die Gesetzgebung in dieser Angelegenheit nicht auf die lange Bank geschoben wird, sondern in einer beiden Theilen genügend Weise zum Abschluß gebracht wird.

Abg. Dr. Böckel (Antl.): Wir sind bereit, alle Maßregeln zu unterstützen, welche zur Beseitigung der Mängel auf dem Gebiet der Abzahlungsgeschäfte führen. Als Charakteristikum des Abzahlungsgeschäfts betrachte ich, daß dort alle möglichen Gegenstände feilgehalten werden. Das Abzahlungsgeschäft wird nicht eher lahm gelegt werden, bis wir eine Bestimmung haben, daß Handwerksgegenstände nur von denen verkauft werden, welche das betreffende Handwerk gelernt haben. Die Wandlerlager müssen unbedingt verboten werden, weil sie gar keinen wirtschaftlichen Nutzen haben, dagegen vielen Schaden anrichten. Bei Ausverkäufen müßte polizeilich festgestellt werden, ob die Anpreisungen in den Zeitungen auf Wahrhaftigkeit beruhen. Bezuglich des Hausratshandels bin ich der Ansicht, daß von dem Bundesrat festgestellt werden soll, welche Gegenstände auf dem Hausratshandel angewiesen sind. Schädlich ist der Hausratshandel, welcher mit allen möglichen Sachen Geschäfte macht, und diese Art wird gerade von den Allgemeinen Leuten getrieben, welche zuerst mit Hand handeln und dann Geldgeschäfte machen. Auch ich bin kein großer Verehrer der großen Versandgeschäfte. Sie sind ein Zeichen von der Macht des Kapitals und schädigen das Handwerk.

Abg. Biehl (Btr.) weist nochmals auf die Mängel im Hausratshandels hin, denen nur durch eine Beschränkung dieses Handels abgeholfen werden können. In Bayern sei der Hausratshandel eine Landplage geworden und habe das solide Geschäft untergraben. Durch die Anträge werde nur die Industrie geschädigt, vor der es heißt: billig und schlecht. Aus meinem Wahlkreis sind Klagen der Bauern an mich gelangt, welche sich über den Hausratshandel beschweren. Man sagt, die Bauern hausratieren selber mit ihren Erzeugnissen; das ist auch ganz richtig, denn die Bauern haben ja die Eier und die Butter erzeugt. (Große Heiterkeit.) Die Landwirtschaft hauptsächlich wird durch den Hausratshandel geschädigt. Die Maul- und Klauenseuche hat sich durch den Hausratshandel mit Biehl verbreitet, der meist von den Juden betrieben wird. Am gefährlichsten ist der verschleierte Hausratshandel durch Detailressen.

Abg. Stolle (Soz.): Wenn es wahr wäre, daß das Handwerk durch den Hausratshandel geschädigt werde, dann müßte der Hausratshandel zugemessen haben. Das Gegenteil ist der Fall; die Einnahmen aus den Gewerbeschichten für das Wandergewerbe haben in den letzten Jahren in Sachsen bedeutend abgenommen. Nirgends als in Österreich, wo der Buntzwang besteht, ist der Hausratshandel so beschränkt, wie bei uns. Mit Ihren Anträgen werden Sie die größte Unzufriedenheit gerade in den schärfsten Bevölkerung erreigen.

Abg. Schrader (dfr.): Es ist nun schon die siebente Sitzung, daß wir uns mit diesen Dingen beschäftigen. Wenn die Befreiung Erfolge gehabt hätte, dann könnte man sich die Sache gefallen lassen. Die Herren wissen aber selbst, daß sie völlig erfolglos ist. Es ist nicht möglich, in unserer Welt Dinge einzuführen, die nicht in die heutigen Verhältnisse hineinpassen. Die Angefeierten klagen über die Konkurrenz der Hausrat. Wenn Ihre Anträge Gesetz werden, was wird die Folge sein? Die Hausrat werden sich auf dem Lande ansiedeln; denn der Landmann will heute seine Bedürfnisse möglichst bequem befriedigen und nicht nach jede Kleinstadt nach der Stadt fahren; er will sie in der Nähe haben. Die Hausrat treiben ein ehrliches Ge-

werbe. Es ist doch genau so ehrlich, mit dem Pack auf dem Rücken im Lande herumzuziehen und seine Waaren abzusetzen, als sich in eine Stube zu setzen und sich die Leute kommen zu lassen. Die Anträge werden zu weiter nichts als zu neuen Belästigungen führen.

Nach einem Schlußwort des Abg. Ackermann (kons.) werden die das Abschlußgesetz, den Hausratshandel, sowie die Wandlerlager betreffenden Abfälle des Antrags Abg. Ackermann abgelehnt, da das Zentrum und die Rechte schwach besetzt sind. Der entsprechende Gesetzentwurf des Zentrums wird derjenigen Kommission zur Vorberathung überreicht, an welche das Gesetz über die Abzahlungsgeschäfte gegangen ist. Als dann wird über den Antrag Ackermann, nach welchem den Konsumvereinen die Abgabe von Waaren an Nichtmitglieder verboten werden soll, durch Abstimmung abgestimmt. Dafür stimmen 58, dagegen 87 Abgeordnete. Das Haus ist demnach nicht beschlußfähig.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr (Antrag Werner, betreffend Einstellung eines gegen den Abgeordneten Ahlwardt schwebenden Strafverfahrens wegen Beleidigung. Fortsetzung der Berathung des Staats des Reichsamts des Innern.) Schluss 5%, Uhr.

## Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

25. Sitzung vom 1. Februar, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die zweite Staatsberathung wird mit dem Statut des Kriegsministeriums fortgesetzt. Der Statut wird debattlos bewilligt.

Es folgt der Statut der landwirtschaftlichen Verwaltung. Abg. Dr. Potthous (lib. b. f. Fraktion) bringt die Ausbreitung der Reblauskrankheit zur Sprache. Von Gelehrten wird befürchtet, daß die Reblauskrankheit weniger in Folge der Einschleppung aus Amerika als in Folge des Mangels an mineralischen Nährstoffen im Boden entstehe. Der künstlichen Düngung der Weinländeren wird daher mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden müssen. Während der Reise der Trauben sollten die Untersuchungsarbeiten eingestellt werden. Auch sollte man möglichst viele einheimische Sachverständige hinzuziehen.

Geb-Rath Wenzel: Die Frage der Düngung wird bereits seit längerer Zeit eingehend erwogen, diese Erwägungen sind aber noch nicht zum Abschluß gelangt. Die Untersuchungsarbeiten werden in der Reisezeit der Trauben nur in beschränktem Umfange geführt, soweit eben dazu eine Nothwendigkeit vorliegt. Ebenso werden in der Regel einheimische Sachverständige in Anspruch genommen.

Abg. Brandenburg (Btr.): In früheren Jahren wurde vom Landwirtschaftsminister ausgeführt, daß der Dortmund-Ems-Kanal auch landwirtschaftlichen Interessen dienen solle. Ich bin darüber zweifelhaft geworden, als mir im vorigen Jahre ein Verwaltungsbeamter sagte, daß durch die Tiefung des Emsbettes die angrenzenden Weien entwertet würden. Seit Jahren wird ferner schon an dem linksemischen Kanalsystem gebaut. Rämentlich die Fertigstellung des sog. Süd-Nordkanals und die Gründung desselben für die Schiffahrt wird von der Bevölkerung ersehen. Eine Verkleinerung des Baues ist daher geboten.

Landwirtschaftsminister v. Heyden: Bei der Aufstellung der Pläne für den Dortmund-Emskanal sind die Meliorationsbeamten gebettet. Das landwirtschaftliche Interesse wird also durchaus gewahrt. Der Süd-Vorlauf wird wahrscheinlich schon in diesem Jahre für die Schiffahrt eröffnet werden können.

Abg. Schulz-Lippe (frt.): Da für die Meliorationen ausgeworfenen Mittel sind noch zu gering. Die Fortschritte der Wissenschaft können dabei nicht voll ausgebeutet werden. Und doch sind sie geeignet, die Noth im Lande und in der Landwirtschaft zu heben, sobald es gelungen sein wird, alles Getreide und sonstige Nahrungsmittel auf unserem eigenen Boden hervorzubringen, und es ist möglich, daß wir so weit kommen. Dankenswerth ist die Einstellung einer Summe von 75 000 Mark für die Zwecke landwirtschaftlicher Winterschulen.

Abg. Frhr. v. Winnigeroode (kons.): Der Minister hat neulich gesagt, wir sollten doch bedenken, welche Mängelstellung durch unsere Agitationen und Uebertreibungen im Lande erzeugt wird. Ich spreche ohne persönliche Spize. Wir haben unsere Ausführungen auf Grund substantieller Angaben und zahlenmäßigen Materialien gemacht. Nur Herr Rickert ist für die Handelsverträge eingetreten. Man hat zu Gunsten der leichten die Berichte der Handelsfamilien hervorgehoben. Diese kennen aber nicht die landwirtschaftlichen Interessen, da sie Vertretungen der Industrie und des Handels sind. Die Handelsverträge haben die landwirtschaftliche Kritik gesteigert. In der Regel pflegt Mitte Dezember der Preis für Getreide zurückzugehen, da der schuldenbelastete Landwirt gezwungen ist, seine Vorräte los zu werden. Wie kann man uns gegenüber dieser Thatsache Uebertreibungen vorwerfen? Wir sind in der Landwirtschaft weder Neulinge noch Jünglinge. Wir, die wir Kenner der Landwirtschaft in Nord- und Mitteldeutschland par excellence sind, haben die Mängelstellung nicht erzeugt, sondern sie nur auf das richtige Maß zurückgeführt. Die Mängelstellung ist vorhanden und drängt zu nicht wünschenswerten Gruppierungen, was ja der Aufruhr des Herrn Ruprecht in dem Organ für landwirtschaftliche Thierzucht bewies, der den Thatsachen einen allerdings zu lebhaften Ausdruck gegeben hat. Wenn es dazu kommen würde, daß wirtschaftliche Interessenvertretungen die politischen Vertretungen verdrängen, so würde das für die Regierung und das Land die bedauerlichsten Konsequenzen herzeigen. Die Gefahr wird aber gesteigert durch den bevorstehenden russischen Handelsvertrag, der für die deutsche Landwirtschaft unerträglich ist und dem Fach den Boden auszischen würde. Es handelt sich hier um die Drohung unzähliger Existenzen in der Landwirtschaft, von der der größte Theil des Landes lebt, und gerade um die Existenz der landwirtschaftlichen Bevölkerung, die die loyalste ist. Wenn diese gezwungen wird, zum Wanderstab zu greifen, dann wollen wir abwarten, wie die neue Treue sich gegenüber der alten bewähren wird. Wir haben diese Bedenken vorge-

bracht mit aller Ehrerbietung, aber auch mit allem Nachdruck. (Beifall rechts.)

Abg. Knebel (nl.) wünscht Einführung eines Schutzzolles auf ausländische Sohe im Interesse der kleinen Giebereien.

Landwirtschaftsminister von Heyden: Ich werde Veranlassung nehmen, mich mit der Materie zu beschäftigen und die Angelegenheit eingehend zu erwägen. Wir geben im Verhältnis zu anderen Ländern einen sehr niedrigen Satz für allgemeine landwirtschaftliche Zwecke aus, nur 3,4 Pf. für den Hektar landwirtschaftlich benützte Fläche. Aber wir versuchen auch mit diesen geringen Mitteln die Fortschritte der Wissenschaft für die Landwirtschaft möglichst nutzbar zu machen. Bereits bei früheren Gelegenheiten habe ich ausgesprochen, daß ich den Ernst der Lage der Landwirtschaft einsehe. Wenn ich aber mich in eine Diskussion der Handelsverträge das vorige Mal nicht eingelassen habe, so geschah es, weil die Sache mit Österreich abgeschlossen ist, der russische Vertrag aber in den Reichstag gehört. Die Anschauung, die ich aus der damaligen Verhandlung entnahm, habe ich auch heute noch, daß es eine Übertreibung war, die Handelsverträge fast ausschließlich für die gedrückte Lage der Landwirtschaft verantwortlich zu machen. Wenn man die Preisdifferenzen vergleicht, so sieht man, daß die Verträge nicht den Einfluß haben, wie Herr von Minnigerode es darstellt. Ich habe mein Lebensor nicht mit meiner Ansicht zurückgehalten, wenn ich aber in der Beurtheilung der landwirtschaftlichen Frage von den Herren abweiche, so liegt das daran, weil der Schwerpunkt nicht in den Böllen, sondern in der Abnahme der Bevölkerung des Ostens liegt. Hier ist auch die Verhüllung der landwirtschaftlichen Bevölkerung am größten. Die Aufmerksamkeit der Staatsregierung wird darauf gerichtet sein müssen, durch eine Zahl kleinerer Wege und Abhängen hier die Wunden zu heilen. Ob es uns gelingen wird, weiß ich allerdings nicht. Wir geben schweren Zeiten entgegen, aber wir müssen tragen, was uns auferlegt ist. Die Behauptung jedoch, daß die Landwirtschaft zu Grunde geht, ist übertrieben.

Abg. Tannen (natl.) bittet um mehr Kanalsbauten in den Moorgegenden zur Hebung der Schiffsahrt und der Landeskultur.

Abg. Drawe (fr.) fragt an, wie die früher ausgeworfenen 300 000 M. für Wassereinlassungen in den Deichanlagen der Niederungen verwendet worden sind, und bittet, diese Versuche auch bei Danzig und in der Niederung zu machen.

Landwirtschaftsminister v. Heyden erwidert, daß Versuche überhaupt noch nicht ange stellt seien, da erst die Vorbereitungen dazu hätten getroffen werden müssen.

Bei der Ford erung für die Generalkommission bittet

Minister v. Heyden, die neu geforderten Stellen, welche namentlich im Hinblick auf die Ausführung des Rentenvertrages geschaffen werden sollen, zu bewilligen. Der Toxwerth der bis jetzt gebildeten Rentengüter beträgt 5 520 000 M., wovon 829 000 M. daar bezahlt sind; der Umsang beträgt 6550 Hektar, wovon die meisten auf die östlichen Provinzen, namentlich auf die Provinz Polen, fallen. Die Zahl der bereits gebildeten Rentengüter ist 572, der Kaufpreis beträgt in jährlicher Rente 169 000 M. Wir haben erst ein Jahr der Arbeit hinter uns, aber das Gesetz ist auf Generationen berechnet und wird gewiß segnungsreich wirken.

Abg. Dünkelberg (nl.) meint, die Generalkommission müsse bei ihrer Organisation schwierig und kostspielig arbeiten und eine Vermehrung der Stellen werde den hervorgetretenen Nebenständen noch nicht abhelfen. Eine Änderung der Organisation sei vor allem notwendig. Ferner lasse die Ausbildung der Kultutechniker viel zu wünschen übrig.

Geb. Rath Sterneberg bestreitet, daß die Organisation schwierig sei, im Gegentheil sei diese Organisation vorzüglich. Ebenso

Abg. Sombart (natl.) verlangt eine Besserstellung der Landmesser, um diese in ihrer staatlichen Thätigkeit festzuhalten. Die Lage der Landwirtschaft sei eine gedrückte in Folge der schwindelhaften gestiegenen Ankaufspreise und der hohen Arbeitslöhne. Ein Mittel gegen diese Noth sei, kleinen Leuten die Anschaffung eines eigenen Stück Bodens zu ermöglichen und sie dadurch vom Zug nach dem Westen fernzuhalten. Das Rentengütergesetz kann in dieser Beziehung wohl heilsam wirken, aber die Generalkommission muß darauf dringen, daß die Anzahlung wenigstens den vierten Theil des Werthes beträgt, denn sonst haben die Rentengutsbesitzer so viel Zinslasten zu tragen, daß sie dieselben nicht zu erschwingen vermögen.

Abg. v. Bockelberg (konf.) bittet den Minister, dafür zu sorgen, daß die Rentengutsbesitzer verhindert werden, Privat-Hypotheke aufzunehmen.

Minister v. Heyden erwidert, daß kein Grund vorliege, die Gesetzgebung nach dieser Richtung zu ändern. Man müsse den Interessenten doch immerhin möglichst freien Spielraum lassen.

Geb. Rath Meinecke erkennt das Bedürfnis einer Aufbesserung der Landmesser an, die sich aber gedulden müßten, bis die Reihe an sie käme.

Abg. Gerlich (fr.) entgegnet dem Abg. Sombart, daß die Noth der Landwirtschaft nicht von der Verschuldung, sondern die Verschuldung der Landwirtschaft von ihrer Noth herriühre. Nedner bemängelt, daß die Generalkommission eine so große Machtvollkommenheit besitzt und selbst die Kolonialisierung vornehme. Nach dem Gesetze sei die Aufgabe der Generalkommission nur, die Geschäfte zu vermitteln. Die Selbstverwaltung werde durch die Thätigkeit der Generalkommission lähm gelegt.

Abg. Mies (fr.) beklagt es, daß eine so große Anzahl Landmesser trotz vielerjähriger Thätigkeit bei der Generalkommission noch ohne etatmäßige Anstellung sind.

Abg. Dr. Seelig (fr.): Es ist erfreulich, daß in der letzten Zeit viel für den Obstbau geschehen ist, so daß der Obstbau eine bedeutende Zunahme erfahren hat. Im Obst- und Weinbau wie im Gartenbau überhaupt steigen große volkswirtschaftliche Aufgaben, und diesen sollte der Staat auch gerecht werden. Während für den Obstbau manches gethan wird, geschieht doch für den Weinbau wenig, und daher kommt es, daß der deutsche Weinbau nicht die Aufgaben erfüllt wie der Weinbau in anderen Staaten. In Amerika ist die Weinlultur so weit gediehen, daß der dortige Weinbau schon eine große Bedeutung erlangt hat. Dieses Zurückbleiben Deutschlands ist für seine Stellung auf dem Weltmarkt bezüglich des Weines von schädlicher Wirkung. Die Rebstöcke der heutigen Weinberge sind die Endzweige der Stöcke, die vor tausend Jahren zu uns verpflanzt wurden. Verjüngung ist nötig. Eine Verjüngung wird auch der Reblaus-Krankheit Einhalt zu thun vermögen.

Geb. Rath Singelmann erwidert, daß der Weinlultur von der Regierung volle Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Darauf vertagt das Haus die weitere Berathung auf Sonnabend 11 Uhr. Schluß 3<sup>o</sup>/4 Uhr.

maßlos übertrieben die Beschwerden und Forderungen der konservativen Großgrundbesitzer sind. Wären sie es nicht, so würde der gebildigste und entgegenkommendste aller Minister, der hochkonservative Herr v. Heyden, nicht immer wieder so energisch gegen diese unaufhörlichen Anwürfe reagieren müssen. Der russische Handelsvertrag, das ist der große Schmerz der Minnigerode und Genossen. "Schreien, immer lauter und ohne Aufhören schreien", ist ja erst kürzlich den Landwirthen von einem ihrer heftigsten Wortführer empfohlen worden, und Herr v. Minnigerode handelt nach diesem Rezept. Aber es hilft ihm nichts, und durch die Übertreibungen, die er für besonders nützlich halten mag, bringt er sich vollends um jeden politischen Kredit. Es glaubt ihm und seinen Mitstreitern ja doch keiner, daß der Ruin der Landwirtschaft die unausbleibliche Folge eines Handelsvertrages mit Russland sein muß. Graf Ranitz, gewiß ein ebenso strammer Agrarier wie Herr v. Minnigerode, und Herr v. Frege, haben erst vor einigen Tagen im Reichstag, wenn auch mit sauerlippiger Miene, erklärt, daß die Handelsvertragspolitik allerdings nothwendig gewesen sei, und daß die Landwirtschaft im Osten auch die Befestigung des Differenzialzolls auf russisches Getreide allenfalls werde ertragen können. Noch bestimmt hat die ewigen Klagen der Agrarier heute im Abgeordnetenhaus der freikonservative Landwirth Schulz-Lupis zurückgewiesen. Diese Rede mit ihrem erfreulichen Optimismus hat ihre Verdienste. Der Abg. Schulz erwartet viel von den Fortschritten der Wissenschaft, von der Anwendung wissenschaftlicher Ergebnisse auf die Praxis der Landwirtschaft; er hält es für möglich, daß der Bedarf unseres Volkes an Nahrungsmitteln im eigenen Lande gedeckt werden kann; er bestreitet entschieden, daß die Landwirtschaft bei den heutigen Preisen unrentabel sei, und er sagt das aus seinen Erfahrungen heraus. Wenn die Agrarier solche Dinge von den Liberalen zu hören bekommen, dann zetern sie regelmäßig über böswillige Unkenntniß. Hier aber spricht einer aus ihrer eigenen Mitte zu ihnen. Und schließlich ist ja auch Herr von Heyden, der sogar erst recht, aus ihrer Mitte. Der Landwirtschaftsminister hat den Herren von der Rechten heute mit dünnen Worten erklärt, daß sie übertreiben, daß sie selber zum großen Theil schuld an der jetzigen Lage der Landwirtschaft seien, und, vor Allem, daß der russische Handelsvertrag überhaupt nicht ins Abgeordnetenhaus, sondern vor den Reichstag gehöre. Besonders über die letztere Erklärung und den Ton, worin sie abgegeben wurde, gerieben die Konservativen in starke Aufregung. Die Heydenschen Bemerkungen lassen ebenso wie die neulichen Mittheilungen des Staatssekretärs von Marshall im Reichstage die Deutung zu, daß die deutsch-russischen Verhandlungen seit Kurzem einen besseren Fortgang nehmen, was für die Konservativen natürlich ein Gegenstand herber Trauer ist. Hinterher werden sie hoffentlich finden, wie sie es schon nach dem deutsch-österreichischen Handelsvertrag gefunden haben, daß es, um mit dem verstorbenen Herrn von Meyer-Arnswalde zu reden, auch so geht.

— Im Reichstage bekamen die Hausrat heute gar böse Dinge zu hören. Die Konservativen und das Zentrum wollen ihnen mit ihren Anträgen auf Beschränkung des Hausratgewerbes stark zu Leibe gehen, so stark, daß das Gewerbe selber, wenn diese Bestimmungen Gesetz würden, einfach ruiniert wäre. Die Hausrat soll der "Mittelstand" zu Liebe "unschädlich" gemacht werden. Mittelstand sind doch aber auch sie, und wenn der Gewerbebetrieb im Umherziehen nicht ein Bedürfnis geworden wäre, so hätte er unmöglich den Umsang erreichen können, den er tatsächlich hat. Auswüchse sind ja da, gewiß; denn, wo gibt es eine menschliche Einrichtung, die nicht ihre Auswüchse hätte. Aber darum gleich einen ganzen Stand vernichten, das kann nur die beschränkte gesetzgeberische Weisheit von Parteien thun, die sich förmlich ein Verdienst daraus machen, die Augen vor den tieferen Zusammenhängen des Wirtschaftslebens zu verschließen. Die Abg. Schneider, Schröder, Holzmann, Bock waren, obwohl verschiedenen Partien angehörig, derselben Meinung über das gereizte und unvernünftige Zuviel der Anträge, und sogar ein Zentrumsredner, der Abg. von Strombeck, fand heraus, wo zu übrigens nicht viel gehört, daß die Petitionen gegen den Hausratshandel, auf die sich die Antragsteller stützen, lediglich von Konkurrenten herrühren. Debatten wie die heutige sind schmerlich geeignet, das Ansehen des Reichstags zu erhöhen, und wie eine Art von tragikomischer Befreiung wirkte es, daß sich beim Schluß der Verhandlung wieder einmal die chronische Beschlusshemmung herausstellte. Zuvor hatte das Haus auch noch den Abg. Böckel anzuhören. Die Antisemiten haben sich kürzlich von einem ihnen freundlichst ergebenen konservativen Blatte vorhalten lassen müssen, daß sie bei allen Debatten, wo es sich um den Schutz des kleinen Mannes gegen die sog. jüdische Ausbeutung handelte, gefehlt hätten, so bei den Verhandlungen über Abzahlungsgeschäfte, Wandlerlager, Bucher &c. Heute hat Herr Böckel die Ehre seiner Fahne gerettet, und die jüdischen Hausrat bekennen es tüchtig von ihm. Bekanntlich bilden aber die Juden gerade in diesem Gewerbe nur eine Minderheit, nicht blos prozentual zur Zahl der Hausrat, sondern auch prozentual zur jüdischen Bevölkerung.

F.H.C. Berlin, 1. Febr. Die jetzt für das vergangene Jahr vorliegende Statistik über die Getreide-Einfuhr Deutschlands i. J. 1892 ergibt, daß diese Einfuhr in einem früheren Jahre so groß gewesen ist, wie im letzten Jahre. Rechnet man die fünf wichtigsten Getreidearten — Weizen, Roggen, Hafer, Gerste und Mais — zusammen, so betrug in den letzten vier Jahren die Getreide-Einfuhr

Auch speziell in Brotkorn allein — Weizen, Spelz und Roggen — ist die 1892er Einfuhr auf eine früher nie erreichte Höhe gestiegen, wie die nachstehenden Zahlen ergeben:

Einfuhr von Brotkorn		
1892	18 448 117	Doppelzentner
1891	17 479 858	"
1890	15 585 588	"
1889	15 766 180	"

Die ungünstige Ernte des Jahres 1891 hat darach einen merkbaren Einfluß auf die beiden Kalenderjahre 1891 und 1892 ausgeübt; der Haupttheil der Einfuhr fällt denn auch 1891 in das zweite, 1892 in das erste Halbjahr. Das zweite Halbjahr 1892 weist unter dem Einfluß der sehr reichen Ernte des letzten Jahres umgekehrt eine viel geringere Einfuhr auf.

Bei den einzelnen Getreidearten ergeben sich für die beiden letzten Jahre folgende Veränderungen:

Einfuhr in Doppelzentner.		
1892	18 903 317	gegen 1891
Weizen	12 962 126	+ 3 908 809
Roggen	5 485 991	- 2 940 550
Hafer	878 368	- 320 467
Gerste	5 832 966	- 1 422 227
Mais	7 173 102	+ 3 089 836

Auch in allen diesen Zahlen tritt der Einfluß des Ernteausfalls erkennbar hervor. In dem starken Rückgang der Roggengießerei kommt der Mangel der russischen Zufuhr, welcher sich erst im letzten Jahre besonders fühlbar gemacht hat, zum Ausdruck. Die Lücke ist durch stärkere Einfuhr von Weizen reichlich ausgefüllt worden, und dies konnte um so eher geschehen, als Weizen auf dem Weltmarkt leichter zu beschaffen war, und der Weizenpreis lange Zeit hindurch dem Roggenpreis sehr nahe stand. Die beträchtliche Abnahme der Gersteinfuhr erklärt sich vornehmlich durch die nach Qualität und Quantität ausgezeichnete inländische Gerstenernte. Von Hafer ist 1892 weniger eingeschafft worden als im Vorjahr. Dafür ist die Maisinfuhr außerordentlich gestiegen, da der Bezug von Mais bei dem niedrigen Preisstand desselben nicht nur zu Brenzwecken, sondern auch zu Futterzwecken vortheilhaft war. Die Bezüge ausländischer Waare haben sich demnach auch in diesem Falle, trotz aller Zölle, dem Bedarf durchweg angepaßt.

— Eine gewisse Aufregung wurde am Dienstag Abend wieder einmal durch ein Extrablatt dunkler Aufführung in Berlin hervorgerufen. Eine erfundene Depesche aus Petersburg fabelte von einem Attentat auf den Baron, unter dessen Wagen Vormittags 9 Uhr 25 Minuten ein Unbekannter ein Paket mit Sprengstoff geworfen hätte. Der Baron und mehrere Passanten seien verwundet. Ein dertartiges Telegramm ist, wie schon gemeldet, nach Erfundungen an zuständiger Stelle, in Berlin gar nicht angelangt; weder in der russischen Botschaft, noch im Auswärtigen Amt ist von einem derartigen oder auch nur entfernt ähnlichen Vorfall in Petersburg das Geringste bekannt. Der auf dem Extrablatt genannte Herausgeber und Verleger Oskar Hebel steht nicht im Berliner Adressbuch und die Angabe der Wohnung, Liebenwalderstraße Nr. 72, ist jedenfalls fingiert, denn das betr. Haus ist eine Baulücke. Der Name des Druckers ist unleserlich. Die Depeschen, die nach dem angeblichen Attentat ausgegeben und allerdings mit einer durch das Weiter verursachten Verhärtung in Berlin eingetroffen sind, geben keinerlei Andeutung, daß in der russischen Hauptstadt etwas Außergewöhnliches geschehen wäre.

Hannover, 31. Jan. Die Angeklagten im Welfenprozeß, welche verurtheilt wurden, haben jetzt ebenfalls Berufung eingelegt. Die von dem Staatsanwalt eingelegte Berufung betrifft sämtlichen Angeklagten.

Hannover, 1. Febr. Der Oberpräsident von Hannover, dessen Befinden sich netzt, aber nur langsam bessert, hat seine Reise nach Berlin noch um einige Tage verschoben.

### Frankreich.

\* Paris, 29. Jan. Der "Figaro" hat die auf die Ordre des Untersuchungsrichters Franquerville hin außer Verfolgung gesetzten Deputirten Jules Roche, Thevenet und Arène interviewt und veröffentlicht heute das Ergebnis des Interviews, welches acht lange Spalten der heutigen Nummer des "Figaro" einnimmt. Selbstverständlich sprechen sich die drei Interviewten in Ausdrücken der größten Erbitterung über die Art aus, mit welcher die ganze Untersuchung geführt wird. Arène erklärt, daß er trotz der Entrüstung über die gegen ihn erhobene Anklage seine Genugthuung über die Zurückziehung derselben nicht verbeklen könne. Er wird sich jetzt vollständig im Interesse derjenigen aufopfern, welche seiner Ansicht nach ebenso widerrechtlich verfolgt werden, als er es war. Sodann stellt Arène auch verschiedene Entschuldigungen über die Brozékkührung selbst in Aussicht. Thevenet sagte unter Anderem, daß selbst die Aufhebung der Anklage eine hinsichtlich traurige Sache wäre denn es bleibe die Thatsache bestehen, daß die gerichtliche Verfolgung vieler Persönlichkeiten mit einer ganz unglaublichen Leidertigkeit verlangt und mit einer eben so großen Sorglosigkeit um die Ehre derjenigen, welche mit wenig Grund genug verdächtigt worden waren, eingesetzt worden sei.

Im "Figaro" selbst spricht Francis Magnard seine Ansicht über die Aufhebung der Anklage gegen Roche, Thevenet und Arène und die Erhebung derselben gegen 7 neue Deputirte und Senatoren aus. Die Ordre des Untersuchungsrichters werden niemanden befriedigen, so sagt Magnard, die einen werden mit Recht finden, daß man mit großem Leichtsinn vorgegangen ist, als man Kollegen infaminierte, um nachher zu kommen und zu sagen: Entschuldigt bestens, aber es war ein Irrthum. Niemals habe man die Rechtigkeit und Nothwendigkeit einer offiziellen Rehabilitierung von unschuldig Angeklagten besser gesehen, als gerade in diesem Falle. Die anderen, besonders die Opportunisten werden sich darüber wundern, daß man z. B. Roubier gevögelt habe, dessen Dienste, welche er seiner Partei sowohl wie seinem Vaterlande leistete, allgemein anerkannt würden. Haftähnlich im Interesse des guten Namens Frankreichs wäre es besser gewesen, in einer so wichtigen Angelegenheit mehr Entschiedenheit, aber auch mehr Gerechtigkeit zu zeigen. Der "Figaro" beschwört die Regierung und die Gerichtsbehörden, den Prozeß möglichst zu beschleunigen, wenn die Feinde Frankreichs und der Republik aus der gegenwärtigen Situation nicht noch mehr Nutzen ziehen sollen, als es bisher geschehen. Es seien Schuldfälle vorhanden, und es sei gut, wenn dieselben verarbeitet würden. Wenn noch andere in Anklagezustand versetzt werden sollen, so möge man sich damit beeilen; aber man möge diesen bedrückenden Alp des Panama nicht mehr länger auf den öffentlichen Geschäften, auf der Politik, überhaupt auf dem ganzen Lebensorganismus Frankreichs lasten lassen.

### Militärisches.

= Die Uniform der Seebataillone soll eine Abänderung dahin erfahren, daß auf dem Ärmel des Waffenrocks über den

### Deutschland.

Berlin, 1. Febr. Die Agrarier haben sich heute abermals im Abgeordnetenhaus eine scharfe Zurückweisung vom Landwirtschaftsminister geholt. Wenn man bedenkt, wieviel Freundlichkeit trotz Allem und Allem die jetzige Regierung gerade für die Konservativen immer noch übrig hat, dann kommt einem erst recht zum Bewußtsein, wie

brandenburgischen Aufschlägen von jetzt ab zwei gekreuzte Anker in derselben Weise, wie sie jetzt auf den Schulterklappen dieser Bataillone getragen werden, angebracht werden sollen. Die auf den Schulterklappen über den Antern befindliche Krone kommt jedoch in Fortfall.

= Die englische Heeresstärke betrug am 1. Januar 1892 laut dem Parlamente ermittelten Generalraports 209 699 Mann, 478 mehr als am nämlichen Tage des Vorjahres. Es waren darunter 769% Engländer, 135% Irlander, 80% Schotten und 12% Nichtbriten, welche in den Kolonien geboren waren. In einem Alter unter 20 Jahren standen 173%, 733% waren zwischen 20 und 30 Jahren, 89% hatten ein höheres Lebensalter; 491% machen 5 Fuß 7 Zoll oder weniger, 509% hatten eine größere Leibeslänge; der Brustumfang betrug bei 680% weniger als 37 Zoll, bei 320% war er bedeutender.

## Telegraphische Nachrichten.

Bromberg, 1. Febr. Hier hat sich ein Komitee bestehend aus den angesehendsten Großgrundbesitzern und hiesigen finanziellkräftigen Firmen, welchen ein Kapital bis zu 15 Millionen zur Verfügung steht, gebildet befußt Baues und Betriebes von Kleinbahnen in den ostdeutschen Gebieten. Auf eine bezügliche Aufforderung an sämtliche Kreisausschüsse des Ostens zum Zwecke gemeinsamen Vorgehens sind bereits mehrere Anmeldungen eingegangen.

Breslau, 1. Febr. Der „Schles. Btg.“ zufolge soll der Walzwerkbetrieb auf der Königshütte erheblich eingeschränkt werden. Im Laufe der Woche würden 2 Hochöfen gelöscht werden, so daß von 7 nur noch 2 im Betrieb blieben. Die überzähligen Arbeiter würden theils auf der Lauragrube verwendet, theils entlassen werden.

Essen a. d. R., 1. Febr. Heute früh fand auf der Zeche „General Blumenthal“ bei Recklinghausen eine Explosion schlagender Wetter statt, durch welche 17 Personen sofort getötet, 18 verwundet wurden; eine der letzteren ist bereits im Krankenhaus gestorben.

Mannheim, 31. Jan. Infolge Stauung von Eismassen steigt das Wasser des Neckars in beunruhigender Weise. Der Mannheim-Freudenheimer Bahndamm ist überschwemmt. Mehrere Häuser in der Nähe des Neckarufer stehen unter Wasser. Das Neckarufer entlang sind Nachtwachen aufgestellt. Der Ort Ilvesheim ist nahezu völlig unter Wasser. Aus Sinsheim wird ebenfalls große Wassersnoth gemeldet.

Mannheim, 1. Febr. Der Neckar steigt fortwährend rapid. Der Oberneckar ist seit gestern um 3 Meter gewachsen. Bis zur Einmündung des Neckars in den Rhein ist das Eis abgetrieben, von hier Rhein abwärts steht es noch. Zwischen Ladenburg und Neckarhausen sind die Felder meterhoch überschwemmt. Es herrscht stürmisches Regenwetter, die Lage wird immer gefährlicher.

Mannheim, 1. Febr. Das Neckareis ist heute Abend abgegangen, die Hochwasser-Gefahr ist beseitigt. Das Wasser fällt.

Mainz, 1. Febr. Das Rheineis hat sich heute Vormittag in Bewegung gesetzt; der Wasserstand ist niedrig.

Hamburg, 1. Febr. Bei einer in der Neustadt erankten Person ist durch die bacteriologische Untersuchung Cholera festgestellt worden.

Wien, 1. Febr. Heute Vormittag fand die feierliche Erteilung des Kardinalsbarets an den päpstlichen Nuntius Galimberti und den ungarischen Fürstprimas Vasvary durch den Kaiser statt.

Wien, 1. Febr. Der Budgetausschuss nahm den Gesetzentwurf betreffend das Nebeneinkommen mit Deutschland wegen der Vereinbarkeit, sowie betreffs deren Außercoursetzung unverändert an. Der Bericht des Referenten konstatiert mit Beifriedigung, daß der von der Regierung befolgte Vorgang, wodurch die bisher strittige Angelegenheit gütlich beigelegt werde, dem Interesse der Monarchie durchaus entspreche.

Petersburg, 1. Febr. Der „Regierungsbote“ veröffentlicht ein kaiserliches Reskript betreffend die Ernennung des Großfürsten Thronfolgers zum Präsidenten des Komitees für den Bau der sibirischen Eisenbahn. In dem Reskript heißt es, daß die Verwirklichung dieses Unternehmens mit anderen Plänen, welche die Kolonisation und die industrielle Entwicklung Sibiriens fördern sollen, dem Herzen des Kaisers nahestehe.

Petersburg, 1. Febr. Als künftiger Generalgouverneur von Finnland wird neuerdings Generallieutenant Graf Lewaschow genannt.

Petersburg, 1. Febr. Dem „Grashbanin“ zufolge berleb das Ministerkomitee die Frage der zollfreien Einfuhr von 1½ Millionen蒲d unbearbeitetes Guhken und Rohfesen aus Finnland.

Rom, 1. Febr. [Deputirtenkammer.] Der Präsident teilte mit, der Generalprotator habe durch das Justizministerium die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten Dezerbi verlangt. Das Verlangen sei in Folge der bei der „Banca Romana“ vorgenommenen Revision gestellt. Die Bureaus der Kammer werden morgen zur Beratung über den Antrag zusammenkommen. Dezerbi gehört der Rechten an und war im Jahre 1891 Schriftführer der Kommission zur Beratung der Bankgesetzvorlage.

Rom, 1. Febr. Der heutigen Beiseitung der Leiche der Herzogin von Madrid in Biareggio wohnte auch der Erzherzog Leopold Salvator bei.

Paris, 1. Febr. Die vom „Soleil“ gerüchtweise gebrachte Meldung, daß die Schiffsdivision unter dem Admiral Buge nach Argenteuil abgesegelt sei, findet vorläufig keinerlei Bestätigung.

Paris, 1. Febr. Zu der bereits als unbestätigt bezeichneten

Blättermeldung, daß die unter dem Befehl des Admirals Buge stehende Schiffsdivision nach Egypten abgesegelt sei, bemerkt die

„Agence Havas“, diese Meldung sei unrichtig; die Schiffsdivision Buge befindet sich seit dem 30. Januar in Billefranche, wo sich dieselbe unter dem Kommando des Bzeadmirals Bignes sammele.

Paris, 1. Febr. [Panama-Broz. B.] Waldeck-Rousseau, der Vertheidiger Eiffels, beruft sich in seiner Vertheidigungsrede, um zu beweisen, daß seitens Eiffels kein Vertrauensmissbrauch erfolgt sei, auf das seiner Zeit zwischen den Liquidatoren der Panama-Gesellschaft und Eiffel getroffene Uebereinkommen.

Marieille, 1. Febr. Infolge des Ausstandes der Bäder müssen

die Militärbäder von Marseille und den benachbarten Städten der Bevölkerung Brot liefern. Infolge dessen sammeln sich die beunruhigte Menge mehrfach vor den Läden an, die von der Militärbäder mit Vorräthen versehen sind. Einige Gruppen versuchen, einen mit Brot beladenen Rollwagen zu plündern, so daß die Soldaten denselben verteidigen mußten.

Madrid, 1. Febr. Die amtliche „Gaceta“ veröffentlicht eine Mittheilung der medizinischen Fakultät, wonach der König von einem leichten Scharlachfieber befallen ist.

Brüssel, 1. Febr. Die ständige Deputation von Brabant hat sich mit 4 gegen 3 Stimmen gegen die von dem Gouverneur vorgenommene Ungleichheitserklärung der Beschlüsse der Kommunalräthe bezüglich der Veranftaltung eines Volksreferendums ausgesprochen. Der Gouverneur wird gegen den Beschluß der Deputation die Entscheidung des Königs anrufen.

London, 31. Jan. [Unterhaus.] Bei der Adressdebatte betonte der Premierminister Gladstone bezüglich Ägyptens, daß der Schritt des Khedive gegen den Brauch verstoßen, daß jedoch seine später abgegebenen Erklärungen befriedigt hätten. Was die Okkupation Ägyptens betreffe, so müßten die ernsten politischen Rückfichten, die man dabei zu beobachten habe, einer sorgfältigen leidenschaftslosen Erwägung vorbehalten werden. Im vergangenen Herbst habe die französische Regierung an England die Mittheilung gelangen lassen, sie wünsche der englischen Regierung freundschaftliche Eröffnungen über die Beziehung Ägyptens zu machen. Die englische Regierung habe geantwortet, sie würde solche freundschaftliche Eröffnungen in demselben Geiste aufnehmen. Diese präliminaren Unterhandlungen hätten bisher noch zu keinem Ergebnisse geführt. Wenn ein solches erzielt werden sollte, werde die Regierung die Frage sorgsam prüfen. Gegenwärtig jedoch handle es sich um die Erfüllung der Pflicht, denn England sei für die Ordnung und den Frieden in Ägypten verantwortlich. Die Debatte wurde sodann vertagt.

London, 31. Jan. [Oberhaus.] Bei der Berathung der an die Königin zu richtenden Adresse erklärte Lord Salisbury bezüglich der in der Thronrede gefezzeichneten auswärtigen Politik der Regierung, er billige, soweit er darüber urtheilen könne, den Standpunkt derselben in Betreff Uganda und Ägyptens. Was letzteres anlange, so behielte freilich Englands Versicherungen hinsichtlich einer späteren Räumung, derselben trotz der jüngsten Vorgänge dieselbe Kraft, allein diese Vorgänge hätten die Aussicht auf die Möglichkeit einer baldigen Räumung bedeutend erschwert. Der Lordpräsident des Geheimen Rates und Staatssekretär für Indien Earl of Kimberley ist erfreut mit Salisburys in der auswärtigen Politik übereinzustimmen; die auswärtigen Fragen sollten keine Parteifragen sein. Was Ägypten betreffe, so könne keine englische Regierung einen Augenblick zögern, Englands Macht daselbst in Sicherheit Frieden und Ordnung zu behaupten, er bedauere jedoch Salisburys Bemerkungen zu der Erklärung der Thronrede, daß die getroffene Maßregel Englands Versicherungen betreffend die Okkupation nicht abändere. Die Regierung könne nur hoffen, daß der Khedive, der jung an Erfahrung sei und durch unkluge Rathgeber irregeleitet sein könne, sich die Vorgänge zu Herzen nehme und darauf sehe, daß die bei ihm vermuteten Aspirationen nicht durch irgend ein Verhalten gefördert würden, welches Unruhen in Ägypten hervorrufe oder Zweifel bei den europäischen Mächten darüber aufkommen lasse, ob die ägyptische Regierung viele Fortschritte gemacht habe. Durch Verstärkung der englischen Truppe in Ägypten habe die Regierung in keiner Weise ihre Haltung in der ägyptischen Frage geändert. Sie werde, solange die Okkupation fortduere, ihre Pflichten mit Festigkeit und unter gebührender Berücksichtigung der Landesinteressen erfüllen. Was die Politik der Regierung Irland gegenüber betreffe, so bedeute dieselbe eine Abwendung von der Seitens des vorigen Kabinetts befolgten Zwangspolitik. Die Homerule-Bill werde keineswegs eine schwächliche Maßregel sein.

London, 31. Jan. Eine auf Tower-Hill heute Nachmittag abgehaltene Versammlung von Arbeitslosen nahm eine Resolution an, in welcher die Entrüstung darüber ausgedrückt wird, daß die liberale Regierung sich weigere, einen friedlichen Aufzug der Arbeitslosen zu gestatten; ferner werden in der Resolution die Arbeiterverbände aufgefordert, baldigst einen Massenaufzug zu veranstalten. Die Arbeitslosen zogen hierauf in einer Stärke von etwa 2000 Mann trotz des polizeilichen Verbots und des Abraths der Arbeitersührer von Tower-Hill durch die City nach dem Parlamentsgebäude. Die Polizei zerstreute die Manifestanten und nahm mehrere Verhaftungen vor; es kam wiederholt zu einem Handgemenge. Die Menge zog alsdann nach Trafalgar Square; die Polizei verhinderte jedoch die Ansammlung auch dort.

London, 1. Febr. Da die gestrige Konferenz der vereinten Grubenbesitzer von Südwales und der Bergarbeiter gescheitert ist, stellten heute die Grubenbesitzer sämtlichen Arbeitern eine einmonatliche Kündigung zu. Die vereinten Gruben beschäftigen gegen 65 000 Arbeiter.

Athen, 31. Jan. Zur Unterbringung und Verpflegung der infolge des Erdbebens obdachlos gewordenen Einwohner von Zante sandte der Minister des Innern Truppen mit Zelten und Proviant nach Zante.

Bukarest, 31. Jan. Heute wurden die Ratifikationen des rumänisch-englischen und des rumänisch-italienischen Handelsvertrages ausgetauscht.

Washington, 1. Febr. Der Senat stimmte dem Gesetzentwurf zu, welcher sich gegen den Terminhandel in landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Baumwolle, Körnerfrüchten u. s. w. richtet.

New York, 31. Jan. Der Gouverneur des Staates New-Jersey hat den bisherigen amerikanischen Gesandten in Berlin, Phelps, zum Richter am Appellationsgericht des Staates New-Jersey ernannt.

Newyork, 1. Febr. Die irische Nationalliga in Amerika hat eine Adresse an die irische Bevölkerung veröffentlicht, in welcher es heißt: Nach Prüfung der Bill, welche Gladstone einzuführen beabsichtigt, finden wir, daß die Vorlage ein in Gesetzesform gekleideter Wortschwall ist, nicht geeignet, irgend eine Partei zufriedenzustellen, und daß sie Irland mehr und mehr erniedrigen würde. Wir schlagen befußt eines gemeinschaftlichen Vorgehens die Bildung von Vereinigungen vor, die sich zum Ziele setzen sollen, das Jahrhundert mit der Verwirklichung ihrer Hoffnungen zu schließen.

Rom, 2. Febr. Gestern Abend brannte die alte Synagoge auf dem Cenciplatze gänzlich nieder. Ein Theil der zahlreichen und wertvollen Tempelgeräthe wurde gerettet, das Feuer blieb lokalisiert.

Paris, 2. Febr. Die Panamakommission nahm den Bericht der Subkommission, betreffend die Unternehmer, entgegen, darnach hätten die Unternehmer einen Gewinn von über

77 Millionen gehabt.

Madrid, 2. Febr. Nach dem letzten Bulletin hatte der König eine ruhige Nacht, die Krankheit verläuft normal.

Madrid, 2. Febr. Der für heute angesagte Ministerrat, woran auch die Königin-Regentin teilzunehmen beabsichtigte, wurde vertagt und die für morgen angesetzte Hoffestlichkeit wegen Erkrankung des Königs abgesagt.

Madrid, 2. Febr. Das Befinden des Königs hat sich gebessert. Die Aerzte versichern, die Krankheit sei ohne ernste Bedeutung.

Athen, 2. Febr. Durch neues Erdbeben sind auf der Insel Zante heute weitere Häuser eingestürzt. Die Regierung beantragte bei der Kammer einen Kredit von 100 000 Francs zur Unterstützung der durch das Erdbeben Betroffenen.

Athen, 2. Febr. Die Anzahl der bei dem Erdbeben in Zante verletzten Personen beträgt 200.

## General-Versammlung des Vorschuß-Vereins zu Obersitzko, C. G., mit unbeschränkter Haftpflicht am Mittwoch, den 15. Febr. cr., Nachmittags 2 Uhr im Vereinslokale.

### Tagesordnung:

1. Rechenschaftsbericht pro 1892.
2. Beschluß über die zu gewährende Dividende.
3. Wahl von drei Mitgliedern zum Aufsichtsrath.
4. Wahl einer Einschätzungs-Kommission für den Aufsichtsrath bei dessen Kreditgewährung.
5. Ausschluß von Vereinsmitgliedern.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrath.

C. Grünberg.

### Meteorologische Beobachtungen zu Bozen im Februar 1893.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm;	Wind.	Temperatur.
1. Nachm.	747,9	SW leiser 3.	bedekt + 1,9
1. Abends	748,0	SW leiser 3.	bedekt + 1,6
2. Morgs.	753,6	NW mäßig	bedekt + 0,5
*) Den Tag über starker Nebel, Nachmittags und Abends Regen.			
Am 1. Febr.	Wärme-Maximum + 2,9° Cess.		
Am 1.	Wärme-Minimum + 1,1°		

### Produkten- und Börsenberichte.

#### Fonds-Kurse.

Breslau, 1. Febr. (Schlußkurse.) Fest.  
Neue Zproz. Reichsanleihe 86,90, 3½ proz. L.-Pfandbr. 98,25, Konso. Türken 21,50, Türk. Poole 89,75, Zproz. ung. Goldrente 96,50, Bresl. Diskontobank 96,00, Breslauer Wechslerbank 96,00, Kreditatt 174,75, Schle. Bankverein 112,25, Donnersmarckbütte 84,25, Flöther Maschinenbau —, Kattowitz Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 114,00, Oberschles. Eisenbahn 48,75, Oberschles. Portland-Zement 70,75, Schles. Cement 118,50, Oppeln. Zement 89,75, Schl. D. Zement —, Gramsta 133,50, Schles. Biskatten 174,75, Laurahütte 95,50, Verein. Delfab. 89,00, Österreich. Banknoten 168,70, Russ. Banknoten 209,40, Giebel Zement 71,00, 4proz. Ungarische Kronenrente 93,50.

#### Frankfurt a. M., 1. Febr. (Schlußkurse.) Fest.

Lond. Wechsel 20,85, 4proz. Reichsanleihe 107,90, österr. Silberrente 83,10, 4½ proz. Papierrente —, do. Zproz. Goldrente 98,30, 1860er Poole 128,40, 4proz. ung. Goldrente 96,50, Italien. 92,30, 1880er Russen 97,50, 3. Orientali. 67,00, unfiz. Egypter 99,35, Lond. Türken —, 4proz. türk. Anl. 86,50, Zproz. por. Anl. 21,35, Zproz. serb. Rente 77,30, Zproz. amort. Rumäniens 98,40, 5proz. Konso. Mex. 80,30, Böh. Westbahn 305%, Böh. Nordb. 159%, Franzothen —, Galizier 186%, Gothaardbahn 152,20, Lombarden 81%, Bübed-Büchen 139,20, Nordwestbahn 181%, Kreditatt 271%, Darmstädter 132,10, Mittelb. Kredit 96,70, Reichsb. 150,40, Dist. Kommandit —, Dresden. Bank 140,20, Pariser Wechsel 81,225, Wiener Wechsel 168,57, serbische Tabakrente 78,30, Bochum. Gußstahl 120,80, Dortmund. Union 57,10, Harpener Bergwerk 128,90, Übernla 108,50, 4proz. Spanier 61,30, Mainzer 110,70, Berliner Handelsgesellschaft 138,60, Kronenrente 93,50.

Rath. Schl. der Börse: Kreditatt 270%, Dist. Kommandit 183,40, Portugiesen 20,35.

Wien, 1. Februar. (Schlußkurse.) Bei leichten Schwankungen und beschränkten Umsätzen ziemlich fest. Montanwerke schwach.

Deut. 4½%, Bayterr. 98,82%, do. 5proz. 102,05, do. Silberr. 98,35, do. Goldrente 116,70, 4proz. ung. Goldrente 114,60, 5proz. do. Bayterr. 102,20, Vänderbank 237,90, österr. Kreditatt. 323,35, ungar. Kreditatt 371,50, Wien. Bl.-B. 120,00, El

Wolle 104 Ballen Umsatz.

Tafel. 88 Höfster Kentucky, 22 Höfster Scrubs.

Bremen, 1. Febr. (Kurse des Getreide- und Mehl-Bereins  
5 Proz. Norde. Wollkämmerei- und Kämmpgarn-Spinnerei-Aktien  
150<sup>1/2</sup> Gd. Bremen, Norde. Wold-Alten 100 Gd.

Hamburg, 1. Februar. Getreidemarkt. Weizen loko ruhig,  
holsteiner loko neuer 156—158. — Roggen loko ruhig mecklenb.  
loko neuer 138—140, russischer loko ruhig, transito 110 nominell. —  
Hafer ruhig. — Gerste ruhig. Rübel (unverz.) ruhig, loko 51. —  
Spiritus loko fest, ver Februar 22<sup>1/2</sup> Br., er Febr.-März 22<sup>1/2</sup>  
Br., ver April-Mai 22<sup>1/2</sup> Br., ver Mai-Juni 22<sup>1/2</sup> Br. — Kaffee  
fest, Umsatz 1500 Sac. — Petroleum loko ruhig. Standard white  
loko 5,20 Br., ver März 5,05 Br. — Better: Nebelig.

Hamburg, 1. Febr. Kaffee. (Schlussbericht.) Good average  
Santos per März 82<sup>1/2</sup>, per Mai 80<sup>1/2</sup>, per Sept. 80<sup>1/2</sup>, per Dez.  
80<sup>1/2</sup>. Ruhig.

Hamburg, 1. Febr. Zuckermarkt. (Schlussbericht.) Rüben-  
Rohzucker I. Produkt Basis 88 p.Ct. Rendement neue Ujance, frei  
an Bord Hamburg ver Febr. 14,35, ver März 14,42<sup>1/2</sup>, per Mai  
14,55, per Sept. 14,45. Stett.

Berl. 1. Februar. Produktenmarkt. Weizen fest, ver Früh-  
jahr 7,46 Gd., 7,48 Br., per Herbst 7,63 Gd., 7,64 Br. Hafer  
ver Frühjahr 5,48 Gd., 5,50 Br. Mais per Mai-Juni 4,75 Gd.,  
4,76 Br. Kohlraps per August-Sept. 11,80 Gd., 11,85 Br. —  
Nebel.

Paris, 1. Febr. Getreidemarkt. (Schluss.) Weizen ruhig,  
v. Febr. 21,40, v. März 21,60, v. März-Juni 22,10, v. Mai-August  
22,30. — Roggen ruhig, ver Febr. 13,70, ver Mai-August 14,50.  
— Mehl ruhig, er Febr. 48,30, ver März 48,40, v. März-Juni  
48,50, per Mai-August 48,90. — Rübel behauptet, p. Febr. 57,25,  
per März 57,50, v. März-Juni 58,00, per Mai-August 58,50. —  
Spiritus fest, ver Febr. 47,00, per März 47,00, per März-April  
47,25, v. Mai-August 47,25. — Better: Milde.

Paris, 1. Febr. (Schluss.) Rohzucker ruhig, 88 Proz. loko  
38,50. Weizer Zucker behauptet, Nr. 3, per 100 Kilogramm per  
Febr. 40,87<sup>1/2</sup>, v. März 41,12<sup>1/2</sup>, per März-Juni 41,50, v. Mai-  
August 42,00.

Havre, 1. Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Biegler  
u. Co.) Kaffee in Newyork schloss mit 10 Points Haufe.

10 900 Sac, Santos 14 000 Sac Rezettes für gestern.

Havre, 1. Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Biegler  
u. Co.) Kaffee, good average Santos, v. Febr. 102,00, v. März  
102,50, per Mai 101,00. Behauptet.

Amsterdam, 1. Febr. Java-Kaffee good ordinary 56<sup>1/2</sup>.

Amsterdam, 1. Febr. Getreidemarkt. Weizen auf Termine  
geschäftlos, v. März —, v. Mai — — Roggen loko geschäftlos,  
do. auf Termine unverändert, per März 130, per Mai 129. —  
Rübel loko 26<sup>1/2</sup>, v. Mai 26<sup>1/2</sup>, do. per Herbst 25<sup>1/2</sup>.

Antwerpen, 1. Febr. Petroleummarkt (Schlussbericht.) Raf-  
fineries Type weiss loko 12<sup>1/2</sup> bez. und Br. per Febr. 12<sup>1/2</sup> Br.,  
v. März-April 12<sup>1/2</sup> Br., ver Sept.-Dez. 12<sup>1/2</sup> Br. Ruhig.

Antwerpen, 1. Febr. (Telegr. der Herren Willems und Co.)  
Wolle. La Blata-Zug, Type B, März 4,55, Juni 4,55 Käufer.

London, 1. Febr. 96 p.Ct. Javazucker loko 16<sup>1/2</sup> stetig, Rüben-

Rohzucker loko 14<sup>1/2</sup> fest.

London, 1. Febr. Chilli-Kupfer 45<sup>1/2</sup>, per 3 Monat 45<sup>1/2</sup>.

London, 1. Febr. An der Küste 1 Weizenladung angeboten.

— Better: Milde.

London, 1. Febr. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Sämtliche  
Getreide sehr flau, russischer Hafer fest, übriges  
Getreide stetig. — Better: Milde.

Leith, 1. Febr. Getreidemarkt. Markt sehr flau, fast kein Ge-  
schäft und Umsatz.

Glasgow, 1. Febr. Roheisen. (Schluss.) Mixed numbers  
warrants 45 sh. 1 d.

Liverpool, 1. Febr., Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle  
Umsatz 12 000 Ball., davon für Spekulation und Export 1000 B.  
Amerikaner fest, Guteis ruhig.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Doll. = 4<sup>1/2</sup> M. 100 Rub. ■ 320 M. 1 Gulden österr. W. — 2 M. 7 Gulden südd. W. — 12 M. 1 Guldenhol. W. 1 M. 70 Pf. 1 France oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf

Bank-Diskontwechsel v. 1. Febr.		Brnsch. 20 T.L.		105,50 bz B.		Schw. Hyp.-Pf.		102,80 bz G.		Wrsch.-Teres.		5		102,50 bz		Rchb Gold-Prior.		4		116,00 B.		Bauges. Hum...	
Amsterdam.	21/2	8 T.	169,15 B.	Cöln-M. Pr.-A.	3 1/2	134,50 bz G.	Serb. Gld.-Pfd.	5	89,00 bz G.	Wrsch.-Wien.	5	185,60 bz	Südöst.-B. (Lb.)	3	64,75 G.	do. VI. (rz. 110)	5	116,00 B.	Moabit.	6	126,75 B.		
London.	3 1/2	8 T.	20,39 bz	Dess. Präm.-A.	3 1/2	—	do. Rente	5	78,10 bz G.	do. div. Ser. (rz. 100)	4	102,00 bz	do. div. Ser. (rz. 100)	3	66,75 G.	do. do.	4	102,00 bz	Passage.	8	132,40 G.		
Paris.	2 1/2	8 T.	81,25 bz	Ham.	50 T.-L.	3	137,25 B.	do. neue 85	5	77,90 bz G.	do. do.	3	97,50 bz G.	U. d. Linden.	0	9,10 G.	do. do.	3	97,50 bz G.	U. d. Linden.	0	9,10 G.	
Wien.	4	8 T.	168,65 bz	Löb.	3 1/2	130,50 bz	Stockh.-Pf. 85.	4 1/2	102,30 bz	do. St.-Anl. 80	4	104,70 G.	Prs. Hyp.-Vers. Cert.	4	136,75 B.	do. do.	4	102,30 bz	Berl. Elekt.-W.	9	136,75 B.		
Petersburg.	4 1/2	3 W.	208,00 bz	Mein. 7 Guad.-L.	3	28,75 B.	do. Zoll-Oblig.	4	—	do. Gold-Prior.	4	97,40 bz	do. do.	3	96,25 bz G.	do. do.	3	96,25 bz G.	Berl. Lagerhof.	0	85,25 bz		
Warschau.	4 1/2	8 T.	208,45 bz	Oldenb. Loose	3	129,00 B.	Span. Schuld.	4	61,75 bz G.	Türk.A. 865in	4	104,00 G.	Schles. B.C. (rz. 100)	4	118,00 G.	do. do.	3	96,25 bz G.	do. do.	3	118,00 G.		
In Berl. 3. Lomb. 3 /gu. 4. Privatd. 1/4 G.				Pfd. Sterl. ov.	1		do. do.	1	21,55 G.	Trk. 400 Frc.-L.	—	106,80 bz	Baltische gar...	5	96,80 bz	do. do.	3	96,80 bz	Ahrens Br. Mbt.	0	53,50 G.		
Geld. Banknoten u. Coupons.				Argentin. Anl...	5	43,80 bz	do. do.	5	44,75 bz	do. do.	21,55 G.	Brest-Grajewoar	5	99,00 G.	Berl. Bock-Br.	0	44,25 G.	Berl. Bock-Br.	0	44,25 G.			
Souvereigns.				do. do.	5	44,75 bz	do. do.	5	44,75 bz	do. do.	21,55 G.	Altdtm. Colberg	4 1/2	113,00 bz	Schultheiss Br.	16	235,50 bz G.	do. do.	3	96,80 bz	do. do.	3	96,80 bz
20 Francs-Stück.	16,24 bz			Bukar.-Stadt-A.	5	97,40 bz	do. do.	5	97,40 bz	do. do.	21,55 G.	Bresl. -S.	5	102,30 bz	do. do.	3	102,30 bz	do. do.	3	102,30 bz	do. do.	3	102,30 bz
Gold-Dollars				Buen. Air. G.-A.	5	53,80 bz	do. do.	5	53,80 bz	do. do.	21,55 G.	Orel.-Grisay con	5	102,30 bz	do. do.	3	102,30 bz	do. do.	3	102,30 bz	do. do.	3	102,30 bz
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	20,385 G.			Chines. Anl.	5 1/2	105,00 G.	do. do.	5	105,00 G.	do. do.	21,55 G.	Potl.-Tiflis gar...	5	92,60 bz	do. do.	3	92,60 bz	do. do.	3	92,60 bz	do. do.	3	92,60 bz
Oestr. Noten 100 fl.	81,30 bz			Dän.-Sta. A.-86.	3 1/2	95,40 bz	do. do.	5	95,40 bz	do. do.	21,55 G.	Rjazan.-Kozlow g.	4	104,00 G.	do. do.	3	104,00 G.	do. do.	3	104,00 G.	do. do.	3	104,00 G.
Russ. Noten 100 R....	168,70 bz			Egypt. Anteile	3	1890	do. do.	5	1890	do. do.	21,55 G.	Rjazan.-Kozlow g.	4	92,60 bz	do. do.	3	92,60 bz	do. do.	3	92,60 bz	do. do.	3	92,60 bz
	208,80 bz			do. do.	5	1890	do. do.	5	1890	do. do.	21,55 G.	Rjazan.-Kozlow g.	4	92,60 bz	do. do.	3	92,60 bz	do. do.	3	92,60 bz	do. do.	3	92,60 bz
Deutsche Fonds u. Staatspap.				Finnländ. L.	—	59,00 bz	do. do.	5	60,00 bz	do. do.	21,55 G.	Rjazan.-Kozlow g.	4	92,60 bz	do. do.	3	92,60 bz	do. do.	3	92,60 bz	do. do.	3	92,60 bz
				Griech. Gold-A	5	61,60 bz	do. do.	5	61,60 bz	do. do.	21,55 G.	Rjazan.-Kozlow g.	4	92,60 bz	do. do.	3	92,60 bz	do. do.	3	92,60 bz	do. do.	3	92,60 bz
				do. cons. Gold	4	46,10 bz	do. do.	5	46,10 bz	do. do.	21,55 G.	Rjazan.-Kozlow g.	4	92,60 bz	do. do.	3	92,60 bz	do. do.	3	92,60 bz	do. do.	3	92,60 bz
				do. cons. Gold	4	46,10 bz	do. do.	5	46,10 bz	do. do.	21,55 G.	Rjazan.-Kozlow g.	4	92,60 bz	do. do.	3	92,60 bz	do. do.	3	92,60 bz	do. do.	3	92,60 bz
				do. cons. Gold	4	46,10 bz	do. do.	5	46,10 bz	do. do.	21,55 G.	Rjazan.-Kozlow g.	4	92,60 bz	do. do.	3	92,60 bz	do. do.	3	92,60 bz	do. do.	3	92,60 bz
				do. cons. Gold	4	46,10 bz	do. do.	5	46,10														